

Massiver Staatsterror und rassistische Angriffe

Die in die Türkei entsandten Friedensgruppen aus der Guerilla und dem kurdischen Flüchtlingslager Maxmur wurden von 100.000en begeisterten Menschen empfangen. Die Kundgebungen spiegelten einerseits die dringende Hoffnung auf Frieden, aber auch die Verwurzelung der PKK in der Gesellschaft wieder. Insbesondere, wenn die Menschen immer wieder Parolen wie „Die PKK ist das Volk und das Volk ist hier“ riefen.

Die Friedensgäste von Seiten der kurdischen Bewegung macht Hoffnung darauf, dass der türkische Staat von seinem Kriegskurs abweichen und endlich ernsthaft an einem Friedensprozess mitwirken wird. Doch der der Generalstab der türkischen Armee bezeichnete die Ereignisse um den begeisterten Empfang der Friedensgruppen „als in keiner Weise akzeptabel“ und auch Ministerpräsident Erdoğan meinte, „so etwas wolle er nicht mehr sehen, die Bevölkerung könne ja ihre Freude zu Hause ausleben,“ die Generalstaatsanwaltschaft hat Ermittlungen gegen die Friedensgruppen eingeleitet. Erdoğan versucht, seine Aussage, er wolle „nie mehr Zeuge von so einem Ereignis sein“ umzusetzen und die geplante Einreise der europäischen Gruppe am 28.10. nach Istanbul durch Verzögerungspolitik in den Konsulaten zu verhindern. Der Gouverneur von Istanbul möchte alle öffentlichen Aktionen in diesem Zusammenhang verbieten.

Er kündigte an, alle Kundgebungen mit polizeilichen Mitteln zu verhindern. Andererseits dauert der Staatsterror gegen politische AktivistInnen an und Militäroperationen werden fortgesetzt. Die Hetze gegen die kurdische Bewegung hat ebenfalls einen Anstieg von rassistischen Übergriffen seitens türkischer Nationalisten zur Folge.

Polizeiangriff auf Beisetzung: „Geht nicht raus, sonst lassen wir euch alle verrecken“

An der Beisetzung von Resul İlçin nahmen in Idil tausende Menschen teil. Das 52jährige DTP-Mitglied starb am 19.10. an schweren Kopfverletzungen, nachdem er in die Polizeidirektion in Idil gebracht worden war (siehe Nuce 435).

Die Polizei griff die folgende Demonstration an und zerschlug dabei auch die Stände und Schaufensterscheiben von Läden der örtlichen Bevölkerung.

Die Polizei schoss in die Luft und setzte massiv Tränengas ein. Der Ladenbesitzer Ayhan Şen erklärte dazu: „Als die Polizei merkte, dass sie nicht in der Lage war die Demonstration zu zerstreuen, wechselten sie ihr Vorgehen, sie schrieten Beleidigungen und begannen damit, die Scheiben von Läden und die Läden selbst zu zerstören. Ich saß im Hof meines Hauses, sie kamen zu mir, griffen mich an und beschimpften mich. Sie sagten 'Geht nicht raus, sonst lassen wir euch alle verrecken'“.

14 Festnahmen in Diyarbakir und Istanbul

Bei einer zeitgleichen Operation in Istanbul und Diyarbakir sind am 23.10. 14 Menschen wegen angeblicher „Unterstützung der PKK“ festgenommen worden.

DTP-Bürgermeisterin wegen „Herr Öcalan“ verurteilt

Die DTP-Bürgermeisterin von Viranşehir in der Provinz Urfa, Leyla Güven wurde am 23.10. wegen eines Textes für eine Veranstaltung der Frauenbewegung (DÖKH) in dem von „Herrn Öcalan“ die Rede war, wegen „Belobigung von Straftaten und Straftätern“ zu einem Jahr vier Monaten und 15 Tagen verurteilt. Ihr Stellvertreter bekam ein Jahr Haft wegen „Propaganda für eine verbotene Organisation.“

Repression gegen kurdische Zeitung

Gegen Mehmet Altay, der bei einer Kundgebung, bei den Regionalwahlen am 29. März in Siirt die Zeitung Azadiya Welat hochgehalten hatte, wurde eine einjährige Haftstrafe wegen „Propaganda für eine verbotene Organisation“ vom Schwurgerichtshof Diyarbakir verhängt. Der Korrespondent der Zeitung Azadiya Welat von Adana, Seyithan Akyüz wurde zu zwei Jahren Gefängnis mit gleicher Begründung vor dem Schwurgerichtshof von Adana verurteilt.

Hakkari: Razzia durch Spezialeinheiten in Grundschule

Bei einer Razzia am 16.10. in einer Grundschule in Hakkari, die durch verummte Spezialeinheiten durchgeführt wurde,

wurde vor der Schule ein Schüler öffentlich misshandelt und festgenommen.

Angriffe auf KurdInnen und kurdische Organisationen

Nachdem die Regierung, die CHP und die MHP ihre Erklärungen zu den Friedensgruppen abgegeben hatten, nahmen die Angriffe auf KurdInnen und kurdische Organisationen zu. Die rechtsextreme Zeitung Türk Solu rief zum Boykott kurdischer Produkte und von kurdischem Essen auf.

Lynchmob verletzt drei Kurden in Ankara durch Messerstiche

Aufgehetzte türkische Nationalisten stachen mit Messern auf drei Kurden aus Wan mit den Worten „Ihr Dreckskurden, wir nehmen Euch hier nicht auf, das sind PKKler“ ein. Die drei wollten einen Streit zwischen einem Vater und Sohn schlichten. Der Vater ging jedoch die drei an und schnell hieß es „Die Kurden greifen unser Viertel an.“ Daraufhin kamen Hunderte auf die Straße und griffen die Kurden, nach Augenzeugenberichten mit Tötungsabsicht an. Nachdem die drei mit Messern schwer verletzt worden waren, zerstreute sich die Menschenmenge. Ein Krankenwagen brachte sie ins Krankenhaus. Die Verletzten erklärten, dass sie von der Polizei wie Kriminelle behandelt wurden

Angriff auf Studenten, der am Telefon Kurdisch sprach

Zwei kurdische Studenten wurden in Elazığ schwer verletzt, nachdem sie am Abend des 20.10. von türkischen Nationalisten angegriffen worden waren, da einer von ihnen am Telefon kurdisch gesprochen hatte. Aus Protest dagegen führten etwa 300 StudentInnen eine Demonstration zum Rektorat durch. Sie forderten den Direktor auf, sich zu Angriffen wie diesem zu verhalten. Die von der DTP am 24.10. in Elazığ organisierte Protestkundgebung, an der mehrere hundert Menschen teilnahmen, wurde ebenfalls zum Angriffsziel von Faschisten. Über Verletzte ist noch nichts bekannt, allerdings hinderte die Polizei die DTP nach dem Angriff an der Fortsetzung der Kundgebung. (ANF, YÖP, YG, 24/25.10.)

Meldungen

Dersim: Fackeldemonstration gegen Staudämme

Eine große Zahl von Menschen nahm an einer Demonstration am 22. Oktober mit Fackeln gegen die in Dersim geplanten Staudämme teil. Während die Bauarbeiten weitergehen, demonstrierten Hunderte gegen die Arbeiten an den sechs Staudämmen. Die Demonstration war vom Munzur Natur Verein organisiert worden und führte durch die Innenstadt von Dersim. Auf den Plakaten standen Parolen auf Türkisch und Zazaki: „Der Munzur ist heilig, übernehme Verantwortung für ihn“. Die Menschenmenge rief Parolen, wie: „Die Hände, die sich nach dem Munzur ausstrecken, sollen gebrochen werden.“ (DIHA, 22.10., ISKU)

Baykal wendet sich gegen die Friedensgruppen

Der CHP Vorsitzende Deniz Baykal kritisiert weiterhin die in der Türkei ankommenden Friedensgruppen. [...] „Aus Kandil kommen acht Leute in die Türkei vom Hauptquartier des Terrors. Aus Maxmur kommen 26 Leute. Die ganze Türkei möchte, dass das ein Anfang ist. Aber der bewaffnete Kampf sollte endlich zu Ende gehen, und diesbezüglich notwendige Schritte wären der politische Kampf und die Einsicht, sich von der Organisation zu trennen. Die acht Leute, die gekommen sind sagen: „Wir gehören der PKK an. Wir sind im Namen dieser Organisation hierher gekommen. Wir sind ihre VertreterInnen, ihre Abgesandten. Das ist unser Brief, das sind unsere Forderungen.“ Ihre Vorschläge gehen in Richtung, das Recht und die Verfassung der Türkei zu zersetzen und zu separieren, sagte Baykal.“ Die Menschen im Hintergrund, die dieses Abkommen gemacht haben, werden zum Schluss kommen. Und sie werden mit mächtigen Jeeps kommen.“ (ANF, 23.10., ISKU)

Kurdistan/Iran: Drei Aktivisten in Urmiye ermordet

Iranische Soldaten haben am 22. Oktober drei kurdische AktivistInnen in einem Auto erschossen. Zwei der getöteten waren Mitglieder der PJAK. (ANF, 22.10., ISKU)

Angriffe von Faschisten auf ArbeiterInnen

400 Faschisten der Alperen Ocağı griffen kurdische Arbeiter an, die in einem Park in Izmir

Einreise der europäischen Friedensgruppe untersagt

Dem Aufruf von Herrn Abdullah Öcalan vom 9. Oktober, als Zeichen des Willens, dem türkisch-kurdischen Annäherungsprozess neue Dynamik zu verleihen, Friedensgruppen in die Türkei zu entsenden, sind inzwischen zwei Delegationen - aus den nordirakischen Kandilbergen und dem Flüchtlingscamp Mahmur - gefolgt. Von mehr als 100 000 Menschen sind die BotschafterInnen des Friedens am Haburgrenzübergang empfangen worden.

Eine dritte Gruppe, diesmal aus Europa, sollte am 28. Oktober vom Düsseldorfer Flughafen in die Türkei starten. Während das

türkische Konsulat in Brüssel noch sämtliche Reisedokumente ausgestellt hatte, wurde nun der Friedensdelegation durch direkte Intervention des türkischen Ministerpräsidenten Tayyip Erdoğan die Einreise untersagt. Diese Gruppe hat am Dienstag in Brüssel eine Presserklärung abgegeben, dass sie ihre Reise in die Türkei bis weiteren verschoben hat. YEK-KOM empfinden diese Entscheidung als kontraproduktiv. Sie wirkt zerstörerisch auf die Friedensbemühungen der kurdischen Parteien und Gesellschaft. In diesem Zusammenhang verurteilen wir die verbalen rassistischen und diskriminierenden

Angriffe von Seiten der MHP und CHP gegen die Vertreter der DTP.

Wir rufen die türkische Regierung und alle Parteien auf, den begonnenen Friedensprozess nicht zunichte zu machen, sondern ihn in friedlicher Absicht zu fördern. Auch sind die Verantwortlichen der EU-Länder - insbesondere die neu gebildete Bundesregierung - aufgefordert, ihren Einfluss im Sinne einer friedlichen Lösung des türkisch-kurdischen Konfliktes geltend zu machen und die Bemühungen der Kurdinnen und Kurden zu unterstützen.

(YEK-KOM, 27.10., ISKU)

Aufbau von Selbstverwaltungsstrukturen in Dörfern

In Dörfern im Kreis Yüsekova in der Region Hakkari wurde auf von der DTP initiierten Dorfversammlungen beschlossen, Dorfkommissionen einzurichten. In diesem Kontext wurde auch eine Versammlung in dem an der iranischen Grenze befindlichen Dorf Güvenli (Şahi) abgehalten. Das Treffen, welches von der DTP Esendere und dem DTP-Frauenrat von Yüsekova organisiert worden war, beschäftigte sich mit den Bedürfnissen der DorfbewohnerInnen und der aktuellen Lage und war das erste seiner Art.

Es nahmen etwa 200 Menschen teil.

Das Treffen, das im Hof der örtlichen Moschee stattfand, wurde zuerst mit einer Schweigeminute für die Gefallenen eröffnet. Der DTP Bürgermeister von Esendere, Lokman Firtina erklärte, dass man nach diesem Treffen alle weiteren Dörfer besuchen würde und es darum ginge, die Bedürfnisse der Bevölkerung zu ermitteln und Vorschläge einzuholen, wie die Anstrengungen zu den Friedensbemühungen zur kurdischen Frage aussehen sollten. Weiterhin

sollten die Menschen ihre Fragen stellen. Die Sprecherin des Frauenrates von Yüsekova, Songül Ögmen, erklärte, dass der historische Freiheitskampf der kurdischen Frauen immer mit Entschlossenheit und kämpferisch geführt worden ist, und dass es notwendig sei, dass die Frauen im Dorf sich im Sinne des Freiheitskampfes weiter organisieren. Nach einer angeregten Diskussion, beschloss das Treffen eine selbstverwaltete Dorfkommune einzurichten.

(DIHA, 25.10., ISKU)

475 Jahren Gefängnis gegen 103 Kinder

In Adana wurden zwei weitere kurdische Kinder verurteilt. Die Zahl der verurteilten Kinder beläuft sich auf nunmehr 103, das Strafmaß erhöhte sich auf insgesamt 475 Jahre und acht Monate Gefängnis. Die Sekretärin der örtlichen Sektion des Menschenrechtsvereins (IHD), Ethem Açıkalin sagte hierzu: „Die Verurteilungen kurdischer Kinder durch die Gerichte geht in seiner irrsinnigen Form weiter.“

Açıkalin gab bekannt, dass das 7. Strafgericht für schwere Strafen in Adana den 16 jährigen M.C. zu einer Haftstrafe von sieben Jahren und sechs Monaten für die „Mitgliedschaft in einer verbotenen Organisation“ verurteilt hat.

Açıkalin fügte hinzu, dass das 8. Strafgericht für schwere Strafen in Adana den 17 jährigen M.A. am 19. Oktober mit einer Strafe von sieben Jahren und sechs

Monaten Gefängnis ebenfalls für die „Mitgliedschaft in einer verbotenen Organisation“ verurteilt habe. Ethem Açıkalin „Es werden demokratische Lösungswege für die kurdische Frage diskutiert, Friedensgruppen kommen und in solch einer Phase ist eine derart harte Bestrafung von Kindern, die Steine geworfen und Slogans gerufen haben, nichts anderes als eine Dummheit.“

(ANF, 23.10., ISKU)

Armee in Erklärungsnot

Wie die türkische Presse berichtete, ließ ein ungenannter Offizier im Generalstab der zivilen Staatsanwaltschaft ein Original des Plans zur Destabilisierung der Regierung von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan zukommen. In einem Begleitbrief berichtete der Offizier, im Hauptquartier der Armee seien auf zahlreichen Computern alle Spuren des Plans gelöscht worden. Eine unabhängige Zeitung hatte erst-

mals im Juni über die Existenz des Plans berichtet. Das von einem Oberst im Generalstab unterschriebene Dokument sah demnach unter anderem vor, Erdogans Regierungspartei AKP durch eingeschleuste Gefolgsleute der Armee zu schwächen. Generalstabschef Ilker Basbug wies die Vorwürfe damals zurück und bezeichnete den Plan als "ein Stück Papier". Nach den neuen Enthüllungen kündigte die

Armee nun eine erneute interne Untersuchung an. Die zivile Staatsanwaltschaft in Istanbul, die derzeit einen Prozess gegen mutmaßliche Putschisten aus der Armee und aus der nationalistischen Szene führt, bat insgesamt sechs Armee-Angehörige zur Aussage, wie Zeitungen meldeten. Den Berichten zufolge kündigte Erdogan ein Gespräch mit Generalstabschef Basbug an.

(AFP, 27.10., ISKU)

warteten. Die 400 Faschisten waren zusammengekommen, um gegen die Friedensgruppen zu protestieren. Sie griffen die Arbeiter an, in dem sie riefen „Apos Bastarde, ihr könnt uns nicht einschüchtern.“ Die Gruppe entfernte sich nach Eingreifen der Polizei.

(DIHA, 25.10., ISKU)

Operationen in Şirnak

Nachdem in den Kreisen Şirnak-Uludere und Beytüşşebap Militäroperationen stattgefunden haben, wurde nun eine dritte Operation in Güçlükonak begonnen. Angeblich soll der Aufenthaltsort einer Gruppe Guerillas ermittelt worden sein und das Militär habe deshalb mit dem Kriegseinsatz begonnen.

(DIHA, 25.10., ISKU)

Hakkari: Große Teile der Region ohne Telekommunikation

Aufgrund der in der Region andauernden Militäroperationen wurde in der Region Hakkari das Telefonnetz unterbrochen. Dies gilt sowohl für das Stadtzentrum, als auch für die Kreise Yüsekova und Şemdinli. Überall in der Region Hakkari gibt es große Operationen, bei denen das Militär auch massiv Frequenzjammer einsetzt. Deswegen gab in den letzten 6 Monaten mehr als 100 Klagen von Banken, Apotheken etc., dass sie ihre Dienste nicht mehr richtig anbieten könnten.

(ANF, 24.10., ISKU)

580 Minenopfer in zehn Jahren

Offiziellen Angaben zufolge starben zwischen 1993 und 2003 durch Minenexplosionen 580 Menschen. 2.500 wurden verletzt. In Diyarbakir wurde die erste nationale Konferenz zur Bestandsaufnahme zum Vertrag über das Verbot von Landminen durchgeführt.

(Za, 19.10., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
YG	Yeni Gündem
YÖP	Yeni Özgür Politika
Za	Zaman

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der Informationsstelle Kurdistan
Stahlwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Senden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:

www.isku.org